

Pressemitteilung: AfD legt die Axt an die Demokratie an

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag stellte den Antrag, die Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring (BJR) zu streichen, wenn nicht ein der AfD unliebsamer Jugendverband ausgeschlossen wird. Die heutige Struktur des Bayerischen Jugendrings war eine Reaktion auf die Gleichschaltung der Jugendverbände im Nationalsozialismus. „Dass die AfD diese demokratische Selbstverwaltung nun anzugreifen versucht, ist empörend!“, so der Vorsitzende der Allianz gegen Rechtsextremismus Stephan Doll.

„Der Angriff der AfD auf den BJR ist ein Angriff auf die gesamte bayerische Jugendarbeit. Er macht deutlich, wie wenig diese Partei von einer vielfältigen, selbstständigen und selbstbewussten Interessensvertretung junger Menschen in Bayern hält! Für uns ist klar: An der Selbstverwaltung der bayerischen Jugendarbeit ist nicht zu rütteln“, erklären Bertram Höfer, Vorsitzender des Bezirksjugendringes sowie Stellvertreter Christian Löbel.

In der Satzung des BJR heißt es: „Wir sind bereit, mit unserer ganzen Kraft und Verantwortungsfreude am demokratischen Aufbau unseres Staates und seiner sozialen und kulturellen Gestaltung mitzuarbeiten. Wir wehren uns insbesondere gegen jede Form einer Diktatur.“ (aus der Präambel des BJR von 1947).

„Dieser Antrag ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Wir als Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg, sind entsetzt darüber, wie die AfD die Demokratie auf diesem Wege aushebeln möchte.

Mit einer solchen Aktion demaskiert sich die AfD selbst und zeigt damit, welches verkehrte Verständnis sie von Jugendarbeit und ehrenamtlichem Engagement hat. Wir möchten zusammen mit Jugendverbänden und Ehrenamtlichen eine friedliche Zukunft für unsere Gesellschaft entwerfen und gestalten“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus, der selber jahrelang in der Jugendarbeit aktiv und u.a. Vorsitzender des Kreisjugendring Nürnberg-Stadt war.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus steht fest hinter der Bayerischen Jugendarbeit und dem BJR, der in seiner Satzung formuliert: „Nationalismen und Diskriminierungen jeglicher Art erteilen wir eine deutliche Absage. Wir stehen zu einem solidarischen Europa, das Garant für Frieden und Zusammenhalt ist.“ (aus der Präambel des BJR von 2017).

Rückfragen bitte an:

Christian Löbel 0911 - 23 98 09-0
oder an Stephan Doll 0911-24916-6